©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WARREN E. WILLIAMS

DIE POLITIK DER ALLIIERTEN GEGENÜBER DEN FREIKORPS IM BALTIKUM 1918–1919

Ende des Jahres 1918 wurden Estland, Lettland und Litauen von bolschewistischen Truppen bedroht und schließlich durch sie besetzt. Die Bemühungen dieser Länder, Unabhängigkeit von Rußland zu gewinnen, waren damit vorläufig gescheitert. Ihre Regierungen ergriffen die Flucht und baten um ausländische Hilfe. Die Alliierten jedoch standen noch in den letzten Phasen des Krieges an der Westfront und konnten daher wenig Beistand leisten; sie beschränkten sich darauf, ihre moralische Unterstützung zu erklären. Die deutsche Ostfront befand sich in nahezu chaotischem Zustand. Den Krieg mit Rußland hatte Deutschland zwar mit dem Frieden von Brest-Litowsk im März 1918 beenden können, aber es war seitdem bemüht gewesen, seine Truppen nach Westen zu verlegen, um der wachsenden Macht der Alliierten die Spitze zu bieten.

Am 11. November 1918 brach das Kaiserreich schließlich zusammen, was jedoch die Situation im Osten keineswegs erleichterte. Britische, französische und amerikanische Truppen traten in Kampf gegen die Bolschewisten. Man befürchtete nicht nur, daß Osteuropa von der Roten Armee überrollt würde, sondern auch daß es – wie die Dinge standen – zu einer deutsch-bolschewistischen Annäherung kam. Im Baltikum wurde die Lage bald paradox: auf Wunsch, ja auf Befehl der Alliierten sollten deutsche Truppen dort bleiben, um das Vorrücken der Roten Armee zu verhindern. Die Alliierten – kriegsmüde und unter dem Druck erneuten Bedarfs an frischen Truppen, Vorräten und Geldern – hofften durch die Verwendung deutscher Kräfte, die sich noch an Ort und Stelle befanden, die Bolschewisten mit dem geringsten Aufwand an eigenen Mitteln zurückhalten zu können. Bald stellte sich jedoch die Anwesenheit der deutschen Truppen als nicht weniger gefährlich heraus als die der Roten Armee.

Im Mai 1919 entschieden sich die Alliierten für einen Abzug der Deutschen. Zuerst sandte man höfliche Ersuchen an die Reichsregierung; die Alliierten hatten selber keine Eile. Als jedoch die alliierten Beobachter eine zunehmende militärische und politische Aktivität deutscherseits feststellten, wurden aus den Ersuchen Befehle. Schließlich schritt man zu Sanktionsdrohungen. Mitte Oktober wurde sogar erwogen, ob Frankreich nicht die Ratifikation des Versailler Vertrages ablehnen sollte, um für den Fall einer Weigerung Deutschlands, seine Truppen aus dem Baltikum zurückzuziehen, kriegerische Maßnahmen ergreifen zu können. Derartige Schritte erübrigten sich jedoch, da die deutschen Truppen im Dezember 1919 wirklich abzogen. Die Schwierigkeit, diesen Abzug zu erreichen, dürfte drei Hauptgründen zuzuschreiben sein: erstens dem Fehlen einer klaren Politik bzw. eines Aktionsplans auf seiten der Alliierten; zweitens dem Fehlen zunächst des guten Willens und später der Fähigkeit der Reichsregierung, den Abzug vorzunehmen; drittens – und dies war wohl der wichtigste Faktor – dem Charakter und der soziolo-

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gischen Zusammensetzung der deutschen Truppen im Baltikum. Der Hauptteil der deutschen Verbände, die im Baltikum eingesetzt waren, bestand nämlich aus Freikorps-Einheiten, die in der Regel nur ihren Führern gehorchten. In der Tat dürfte es keine Übertreibung sein, daß die Eigenart der Freikorps den Charakter und die Entwicklung des ganzen Unternehmens praktisch bestimmt hat[1].

I. Der Einsatz der Freikorps im Baltikum

Vor dem Ersten Weltkrieg waren die baltischen Provinzen Estland, Lettland und Litauen ein Teil des Zarenreiches gewesen. Im August 1914 hatte die Mehrheit der Bevölkerung die zaristischen Armeen im Kampf gegen Deutschland begeistert unterstützt[2]. Der Hauptteil des Baltikums wurde jedoch schon im ersten Kriegsjahr von deutschen Truppen besetzt, im August 1917 Riga genommen. Unter der Führung des Oberkommandos Ost wurde eine Militärregierung errichtet, und die Deutschen begannen mit der „Zivilisierung" des Gebiets. Separatistische Bestrebungen kamen auf, und da man nach der Märzrevolution 1918 die Konkurrenz der neuen russischen Regierung in Gestalt getarnter Unabhängigkeitsversprechen fürchtete, entschloß sich die Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff, ihrerseits in Lettland und Litauen Marionettenregierungen zu ernennen. Diese wurden hauptsächlich von baltischen Baronen geführt, die deutscher Abstammung und der Reichsregierung ergeben waren. Die neue Lage befriedigte jedoch die Masse der Bevölkerung keineswegs, und so ging die Agitation für größere Unabhängigkeit weiter[3].

Gleichwohl nahmen die deutschen Bemühungen um eine Art Protektorat über die baltischen Gebiete im Laufe des Jahres 1918 ihren Fortgang; die Wünsche der Bevölkerung wurden weiterhin außer acht gelassen. Auf Grund des Vertrages von Brest-Litowsk trat Sowjetrußland das Baltikum an Deutschland ab, und von März bis Oktober 1918 verfolgte die deutsche Politik unverändert das Ziel, dieses Gebiet Deutschland irgendwie anzuschließen, hauptsächlich aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen[4]. Mit dem Ende des Kaiserreiches wandelte sich die deutsche

[1] Charakter und Aufbau der Freikorps sollen hier nicht näher erörtert werden. Zur weiteren Lektüre siehe Robert G. L. Waite, Vanguard of Nazism: The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918–1923, Cambridge (Mass.) 1952, sowie Harold J. Gordon, Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919–1926, Frankfurt a. M. 1959. Beide Bücher enthalten eine umfangreiche Bibliographie.

[2] Stanley W. Page. The Formation of the Baltic States, Cambridge (Mass.) 1959, S. 27.

[3] Zur inneren Lage im Baltikum: Page, a. a. O., S. 27–43. Dazu die ausgezeichnete Schilderung der damaligen Ereignisse bei Jürgen von Hehn, Die Entstehung der Staaten Lettland und Estland, der Bolschewismus und die Großmächte, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 4, Berlin 1956, S. 105–218.

[4] Page, a. a. O., S. 90f. Vgl. K. Helfferich, Der Weltkrieg III, Berlin 1919, S. 581. – Da die Geschichte dieser Provinzen hier nicht behandelt werden soll, gilt das Folgende hauptsächlich für Lettland und auch in diesem Falle nur für Fragen, welche die Freikorps und die internationale Politik betreffen.

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einstellung jedoch im Sinne stärkerer Selbstverwaltung. Die nachfolgende sozialdemokratische Regierung bemühte sich lebhaft, den deutschen Einfluß mehr durch Diplomatie als durch Zwangsmaßnahmen aufrechtzuerhalten[5].

Schon im Oktober 1918 war ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer, August Winnig, nach Riga entsandt worden, um die lettischen und estnischen Führer für eine Politik freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Deutschland zu gewinnen. Es gelang Winnig auch, bei den von Karl Ulmanis, dem Vorsitzenden des Bauernverbandes, geführten Parteien Gehör zu finden. Diese bildeten schließlich den Lettischen Demokratischen Block und gründeten die Republik Lettland. Winnigs Bemühen, sie von den Vorteilen einer engen Zusammenarbeit mit Deutschland zu überzeugen, stieß jedoch auf Reserve und Mißtrauen; die neue lettische Regierung glaubte sich ihrer Stärke sicherer, als die Umstände es rechtfertigen sollten – denn das Land wurde zusehends von der Roten Armee überrollt –, und sie war daher bemüht, sich sowohl von deutscher wie von russischer Bevormundung zu befreien. Winnig sah sich zu einer abwartenden Haltung genötigt, indes nicht lange: innerhalb weniger Wochen änderte sich die Einstellung der lettischen Regierung völlig.

Der Waffenstillstand vom 11. November bestätigte den Zusammenbruch der deutschen Ostfront. Der Besetzung der baltischen Provinzen durch die Rote Armee stand offenbar nichts mehr im Wege. Die Alliierten waren sich jedoch der bolschewistischen Gefahr für dieses Gebiet bewußt und setzten daher eine Klausel in das Waffenstillstandsabkommen, die ihr einfach und billig entgegenwirken sollte. In dem betreffenden Artikel XII des Abkommens hieß es:

> „Alle deutschen Truppen, welche sich augenblicklich auf den vor dem Kriege zu Rußland gehörigen Gebieten befinden, müssen ebenfalls hinter die wie oben angegebenen deutschen Grenzen zurückgehen, sobald die Alliierten, unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete, den Augenblick für gekommen erachten."[6]

Die getroffene Bestimmung kümmerte die deutschen Truppen wenig. Sie waren nicht daran interessiert, für ihre einstigen Feinde weiterzukämpfen, und so kehrte der größte Teil unter Hinterlassung von erheblichem Kriegsmaterial nach Deutschland zurück. Die Verbleibenden aber bildeten vielfach Soldatenräte, die unmittelbaren Kontakt mit den Bolschewisten aufnahmen[7]. Ende November und im Dezember wurde die Situation in der neuen unabhängigen Republik Lettland äußerst kritisch[8]. Ulmanis sah sich nicht nur einer etwa 16000 Mann starken roten Kampf-

---

[5] Der Großteil der lettischen Bevölkerung unterstützte vor der deutschen Besetzung im Februar 1918 offen die Bolschewisten. Doch saßen selbst zur Zeit der Ulmanis-Regierung niemals Bolschewisten in den Regierungsgremien. Vgl. Page, a. a. O., S. 62–68.

[6] Der Waffenstillstand 1918–1919, hrsg. im Auftrag der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Berlin 1928, Bd. I, S. 37 f.

[7] J. Benoist-Méchin, Histoire de l'Armée Allemande, Paris 1938, Bd. 2, S. 16; Gordon, a. a. O., S. 63.

[8] Am 11. 11. 18 erfolgte die de facto-Anerkennung der provisorischen Regierung Lettlands (Ulmanis). Am 18. 11. 18 wurde die Republik ausgerufen; die Anerkennung der briti-

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gruppe nahezu machtlos gegenüber, sondern „[seine] von Hause aus schwache Regierung wurde überdies durch die Unruhe der Rigaer Arbeiter bedroht, die mit jeder neuen Nachricht über die Fortschritte der Roten Armee zunahm“[9]. Gegen Ende Dezember war Ulmanis gezwungen, Winnig um Hilfe zu bitten, nachdem er zunächst die Unterstützung der Alliierten gesucht hatte.

Kurz vor Weihnachten 1918 war nämlich ein Geschwader britischer Kriegsschiffe in den Hafen von Riga eingelaufen – wie es hieß, zur Überwachung der Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens in der Ostsee –, in Wahrheit aber, um die Entwicklung in Rußland im Rahmen der anti-bolschewistischen Intervention zu beobachten[10]. Ulmanis nahm die früheren britischen Bekundungen moralischer Unterstützung wörtlich und setzte sich sofort mit dem Kommando des britischen Geschwaders in Verbindung. Die Engländer wichen jedoch aus. Daraufhin verhandelte Winnig am 23. Dezember mit ihnen über die deutschen Verpflichtungen nach Artikel XII des Waffenstillstandsabkommens. Man bedeutete ihm, daß die Deutschen nicht nur Riga halten müßten, wo ein Aufstand drohte, sondern daß sie außerdem das gesamte lettische Gebiet, das durch ihren übereilten und bestimmungswidrigen Rückzug an die Bolschewisten verlorengegangen sei, zurückzuerobern hätten. Jeder weitere Abzug der Deutschen habe zu unterbleiben[11]. Winnigs Frage, was die Engländer ihrerseits zu tun gedächten, um Riga zu befrieden und einen Teil der verlorenen Gebiete wiederzugewinnen, blieb unbeantwortet. Die Konferenz endete in frostiger Atmosphäre[12]. Inzwischen wurde die Situation in Riga verzweifelt. Nunmehr suchte Ulmanis Unterstützung bei Winnig, worauf dieser nochmals zu den Engländern ging und ihre Hilfe für Riga erbat. Das Ergebnis dieser Unterredung war eine Stadtpatrouille einer kleinen Einheit von Royal Marines, die jedoch sofort nach Beendigung ihrer ‚Mission‘ auf ihre Schiffe zurück-

schen Regierung hatte den Anstoß dazu gegeben. Rudolf Klatt, Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/1920, Heidelberg 1958, S. 86; Page, a. a. O., S. 118.

[9] Page, a. a. O., S. 117. Vgl. auch S. 121, Anm. 42. Am 7. Dezember schloß Winnig mit dem lettländischen Kriegsminister Zalitis ein Abkommen, auf Grund dessen aus den einheimischen Bevölkerungsgruppen, nämlich den Letten, Deutschbalten und Russen, die baltische Landeswehr aufgestellt wurde. Ihre Ausrüstung sollte später von der deutschen Regierung bezahlt werden. Von Hehn, a. a. O., S. 152f. V. Sipols, Die ausländische Intervention in Lettland 1918–1920, [Ost-]Berlin 1961, behauptet, daß es nur unter großen Schwierigkeiten gelang, 1000 Letten für die Landeswehr zusammenzubringen, zu denen 1000 Deutsche kamen.

[10] Benoist-Méchin (a. a. O., II, S. 16) schreibt, daß England Lettland zu einer „britischen Einflußsphäre“ machen wollte. The Times (31. 12. 18) berichtete von der Entsendung von Schiffen, „um in der Ostsee Minenfelder zu räumen“.

[11] August Winnig, Heimkehr, Hamburg 1935, S. 61f. Die Engländer bestanden selbst dann noch auf ihrer Forderung, als Winnig ihnen erklärte, daß er nur über etwa 700 zuverlässige Soldaten verfüge. Während seines Rigaer Aufenthaltes unterstand Winnig dem Auswärtigen Amt; doch erhielt er nach seiner Angabe (S. 12) von dort keine Weisungen.

[12] Ebd., S. 61–63; sowie Winnig, Am Ausgang der deutschen Ostpolitik, Persönliche Erlebnisse und Erinnerungen, Berlin 1921, S. 75f. Eine Zusammenfassung der Besprechungen zwischen Winnig und den Engländern, die sich auf sowjetische Quellen stützt, bringt Sipols, a. a. O., S. 62–64.

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beordert wurde[13]. Diese schwächliche Demonstration trug dem Geschwader eine Verwarnung aus London ein[14], und alle weiteren Ersuchen von Ulmanis oder Winnig wurden abgeschlagen. Die Engländer erboten sich zwar, die Stadt nötigenfalls zu beschießen; zu Lande hingegen könnten sie leider nichts unternehmen[15].

Ulmanis und Winnig wurden sich infolgedessen darüber klar, daß die Engländer nicht ernsthaft beabsichtigten, etwas zur Rettung Rigas zu unternehmen. In der Tat war England nicht bereit, für ein neues Unternehmen gegen die Bolschewisten weitere Menschenleben zu opfern und noch mehr Geld auszugeben. Lloyd George hatte gerade eine Wahl gewonnen, in der die Frage der sofortigen Demobilisierung eine wichtige Rolle gespielt hatte, und gab der britischen Auffassung über weitere militärische Aktionen gegen die Rote Armee im Unterhaus mit der bezeichnenden Bemerkung Ausdruck: „Ich teile den Abscheu gegen alle bolschewistischen Lehren, doch würde ich Rußland lieber bolschewistisch bleiben lassen, bis es sich selbst davon löst, als England bankrott zu sehen."[16] Seine Rede bestimmte denn auch den Kurs der weiteren britischen Politik im Baltikum. England hatte sich dafür entschieden, Admiral Koltschak zu unterstützen. So hingen seine Erwägungen von diesem Engagement für Koltschak ab, der hinsichtlich des Baltikums seine eigenen Vorstellungen hatte[17]. Als Winnig Ulmanis den Vorschlag machte, deutsche Freikorpsverbände anstelle der abgezogenen regulären Truppen einzusetzen, konnte sich England daher erleichtert fühlen.

Ulmanis legte diesen Plan nämlich dem englischen Admiral vor, worauf ihm die Vertreter der Alliierten zu verstehen gaben, daß die Verwendung der Freikorps der beste Weg sei, die Bolschewisten zurückzuhalten[18]. Ulmanis selbst dürfte kaum

---

[13] Winnig, Ostpolitik . . ., S. 76f.; Page, a. a. O., S. 121, der weitgehend Winnig folgt. Britische Quellen zu diesen Verhandlungen sind noch nicht zugänglich. „The Times" (3. 1. 19) berichtet von „Konsultationen" zwischen Ulmanis (den sie irrtümlich als Ministerpräsidenten von Litauen bezeichnete) und Admiral Sinclair über die Möglichkeiten einer britischen Unterstützung. Der Korrespondentenbericht erwähnt die nachdrückliche Bitte der Briten an Winnig, den deutschen Abzug zu stoppen.

[14] Winnig, Ostpolitik . . ., S. 76f. „The Times" erwähnt die Londoner Rüge nicht.

[15] Teile von Riga wurden tatsächlich beschossen. Am 26. Dezember meuterte eine der beiden von der lettischen Armee übriggebliebenen Einheiten und ging zu den Bolschewisten über. Die Salven der britischen Geschütze zusammen mit den deutschen Landeswehreinheiten konnten Riga zeitweise niederhalten. Die 500 bis 2000 Mann starke Landeswehr, die zum großen Teil aus Baltendeutschen bestand und von einem deutschen Offizier, Major Fletcher, kommandiert wurde, war Ulmanis' einzige bewaffnete Macht, „ein Ausstattungsstück für eine Fassade von Regierung". Page, a. a. O., S. 109.

[16] House of Commons Debates, 5th Session, Vol. 114, Col. 2942 (16. 4. 19). Auch Hehn, a. a. O., S. 167. Hehn zitiert ein Memorandum Balfours, in dem dargelegt wird, daß England den neuen Staaten nur zur See Hilfe leisten könne.

[17] S. unten, S. 162.

[18] Benoist-Méchin, a. a. O., II, S. 17; Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp, Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 176f. Benoist-Méchin schreibt, daß auch ein französisches Kriegsschiff vor Riga gelegen habe, was auf Frankreichs Einverständnis mit dem Abkommen hindeutet. Allerdings meint er in für ihn typischer Manier, daß, wenn ein Tadel in Frage komme, er England treffen müsse.

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weniger als die Engländer daran interessiert gewesen sein, die Hilfe der Freikorps in Anspruch zu nehmen. Schon einige Tage vorher, am 20. Dezember, hatte er offiziell dagegen protestiert, daß die Deutschen „entgegen den Bestimmungen des Artikels XII [und] ohne vorherigen Befehl der Alliierten Lettland verließen"[19], und Winnig zufolge griff er nach diesem Vorschlag „mit beiden Händen"[20]. Wenn Reichsregierung und Oberste Heeresleitung – von den deutschen Truppen ganz zu schweigen – wenig geneigt waren, die erniedrigenden Bestimmungen des Artikels XII auszuführen, so entgingen Winnig wohl auch die positiven Möglichkeiten dieses Artikels nicht, wenn er über seine Verhandlungen mit den Letten rückblikkend schreibt:

> „Ich hätte pflichtvergessen und töricht gehandelt, wenn ich nicht versucht hätte, diese vielleicht letzte Gelegenheit zur Erhaltung und Stärkung des Deutschtums in Lettland zu nützen . . ., und es galt die Möglichkeit der Einwanderung und Ansiedlung Deutscher sicherzustellen, um das Deutschtum wirtschaftlich und zahlenmäßig zu stärken."[21]

Das Abkommen, das daher Winnig am 29. Dezember 1918 mit Ulmanis abschloß, bildete die Grundlage für den Einzug der Freikorps in das Baltikum. Da die Betroffenen sich später in unterschiedlichem Sinne auf dieses Abkommen beriefen, wäre zu prüfen, was es denn eigentlich besagte. Den Kern des Abkommens enthält § 1, der alle späteren Mißverständnisse verursachte:

> „Die provisorische lettländische Regierung erklärt sich bereit, allen fremdstaatlichen Heeresangehörigen, die mindestens vier Wochen im Verbande von Freiwilligenformationen beim Kampfe für die Befreiung des Gebiets des lettländischen Staates von den Bolschewisten tätig gewesen sind, auf ihren Antrag das volle Staatsbürgerrecht des lettländischen Staates zu gewähren."

Darüber hinaus gab das Abkommen deutschen Offizieren das Recht, der baltischen Landeswehr beizutreten und in ihr als Ausbilder tätig zu sein. Schließlich bestimmte es, daß eine Erhöhung der Zahl der lettischen Kompanien der Landeswehr auch eine entsprechende Vermehrung der (vorgesehenen 7) deutschen Kompanien zur Folge haben solle[22]. Die Bestimmungen des Abkommens wurden sofort in Deutschland bekanntgemacht und Werbebüros eingerichtet. Innerhalb weniger Wochen waren diese Büros von Bewerbern überflutet, und zwar hauptsächlich, weil man die zweideutigen Klauseln des Abkommens als ein direktes Versprechen auslegte, jeder „Baltikumer" würde ein Stück Land erhalten. Wenn aber auch eine Anerkennung der lettischen Staatsangehörigkeit entsprechende Bürgerrechte in sich schloß, so bedeutete dies doch nicht, daß die Freiwilligen das Land kostenlos er-

---

[19] Department of State, Foreign Relations of the United States: The Paris Peace Conference 1919, Washington 1947 (im Folgenden: U. S. For. Rel.), Vol. 2, S. 481.

[20] Ostpolitik . . ., S. 83. Diese Angabe erscheint beachtenswert, denn Ulmanis behauptete nach der Vertreibung der Bolschewisten aus Lettland, er habe Winnigs Angebot nur unter Druck angenommen.

[21] Ebenda.

[22] Den Text des Abkommens s. in Winnig, Ostpolitik . . ., S. 83, sowie: Heimkehr, S. 88.

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halten sollten. Es geschah indes sehr wenig, um diese Auslegung zu berichtigen. Denn „was auf den Werbeplakaten nicht versprochen wurde, verhießen die werbenden Offiziere den Mannschaften mündlich"[23].

Auf jeden Fall zogen die Freikorps rechtmäßig ins Baltikum ein. Soweit Artikel XII des Waffenstillstandsabkommens als Rechtsgrundlage nicht ausreichte, konnte man sich auf das Abkommen mit Ulmanis berufen, das mit Zustimmung einer alliierten – nämlich der britischen – Militärmission unterzeichnet worden war. Auch eine amerikanische Senatskommission, die im weiteren Verlauf des Jahres zur Berichterstattung ins Baltikum entsandt wurde, kam zu dem eindeutigen Schluß:

> „Die Deutschen befanden sich daher mit voller Zustimmung, ja auf stillschweigenden Befehl der Alliierten im Baltikum. Die Verfasser des Waffenstillstandsabkommens erkannten, daß die rote Flut durch kein Bollwerk aufzuhalten war, das die einheimische Bevölkerung hätte errichten können . . ."[24].

Die Freikorps kamen jedoch zu spät; wenige Tage nach der Unterzeichnung des Ulmanis-Abkommens versank Riga in der ‚roten Flut', und die britischen Schiffe, die Provisorische Regierung, die Überbleibsel der Landeswehr sowie andere versprengte Truppenteile zogen sich nach Libau zurück, das in der Folge Operationsbasis der Freikorps wurde. Der Verlauf der Kampfhandlungen, die nach Ankunft und Aufstellung der Freikorps in Lettland stattfanden, kann hier übergangen werden[25]. Wesentlich ist, daß ihre Operationen erfolgreich waren. Und weil sie so er-

---

[23] Noske, a. a. O., S. 177f. Noske gibt dabei zu, daß die weiteren Verhandlungen der Baltikumer mit der lettischen Regierung über ein *Siedlungsrecht* nie zum Ziele gelangten. Auch Winnig selbst (Heimkehr, S. 89) schreibt, daß sein Vertrag mit Ulmanis über die „Gewährung des vollen Bürgerrechts . . . noch kein Siedlungsversprechen" (Verpflichtung zur „Landabgabe") enthielt, sondern „nur das Recht zur *An*siedlung" zugestand. Dies veröffentlichte er jedoch nicht, weil er davon Rückwirkungen auf die Anwerbung hätte befürchten müssen. – S. auch Klatt, a. a. O., S. 90. Benoist-Méchin (a. a. O., II, S. 17), der sich augenscheinlich nur auf Memoiren von Freikorpskämpfern stützt, geht so weit zu behaupten, daß jeder Freiwillige 80 englische acres und selbst dann nur auf Wunsch die lettische Staatsangehörigkeit erhalten sollte. Als Beispiel für ein Werbeplakat zitiert Waite (a. a. O., S. 105, Anm. 33); „Herrliche Siedlungsgelegenheit! Jeder, der eigenen Grundbesitz im schönen Baltikum erwerben möchte, melde sich bei einer der folgenden Anwerbestellen . . ."

[24] U. S. Senate, 66th Congress, 1st Session, Report of the Mission to Finland, Estonia, Latvia and Lithuania on the Situation in the Baltic Provinces, Washington 1919 (im Folgenden zitiert: Senate Documents), Vol. XV, S. 8; Edgar Anderson, The British Policy towards the Baltic States 1918–1920, in: Journal of Central European Affairs, Vol. 19 (1959–60), S. 280. Anderson läßt das Abkommen zwischen Ulmanis und Winnig unerwähnt und spricht im übrigen nur von deutschen imperialistischen Plänen, wie sie in Goltz verkörpert gewesen wären. Sein Artikel behandelt die Freikorps gar nicht, und es ist schwer, sich danach von der britischen Baltikum-Politik ein Bild zu machen.

[25] Es gibt darüber zahlreiche ausführliche Darstellungen in Erinnerungen von Freikorps-Kämpfern; zu den besten gehören: R. von der Goltz, Meine Sendung in Finnland und im Baltikum, Leipzig 1920, sowie die von ihm überarbeitete Neuausgabe: Als politischer General im Osten, Leipzig 1936; Ernst von Salomon, Die Geächteten, Berlin 1930; J. Bischoff, Die letzte Front, Geschichte der Eisernen Division im Baltikum 1919, Berlin 1935. Die Schilderungen in Waite (a. a. O., S. 109ff.) und Page (a. a. O., S. 145ff.) fußen auf diesen Memoiren.

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

folgreich waren, konnte deren Wirkung auf die alliierten Gremien in Paris nicht ausbleiben. Diese standen damit vor dem Dilemma, wer gefährlicher war – die Freikorps oder die Bolschewisten? Unsere weitere Untersuchung gilt daher vorwiegend der internationalen Politik. Wie verhielten sich die Alliierten gegenüber den Unternehmungen der Freikorps im Frühjahr und Sommer des Jahres 1919? Was taten sie, um ihre Politik zu stützen und durchzusetzen? Und wie wirkte sich die Haltung der deutschen Regierung auf den Gang der Dinge aus?

II. Die internationale Lage

Die Lage im Baltikum erregte die Aufmerksamkeit der Alliierten erst, als die militärischen Erfolge der Freikorps ein Wiedererwachen des deutschen Imperialismus im Osten fürchten ließen[26]. Man war im November und Dezember 1918 so bemüht gewesen, den Vormarsch der Bolschewisten aufzuhalten, und dann so froh darüber, dies mit so geringen Kosten erreicht zu haben, daß die Nachricht vom bevorstehenden Angriff der deutschen Truppen auf Riga im April 1919 die Alliierten ebensosehr überraschte wie verwirrte[27].

Die Probleme des Baltikums beschäftigten nunmehr die Fünf-Mächte-Konferenz in Paris, doch offenbarten die eingeleiteten Besprechungen das Fehlen jeder klaren Konzeption. Auch bemühte man sich nur halben Herzens um eine solche, und obendrein litt dieses Bemühen zunächst an einem geradezu verantwortungslosen Mangel an Kenntnis der örtlichen Verhältnisse[28].

---

[26] Es ist dabei zu berücksichtigen, daß zur Zeit des Abschlusses der Vereinbarung, Freikorps einzusetzen, England sich mitten in einer Wahl befand, Wilson gerade seine Rundreise durch Europa begann und die Pariser Konferenz noch nicht eröffent war. Zudem war die baltische Frage, von der nur wenige etwas wußten, zweifellos ein Nebenproblem.

[27] General von der Goltz erhielt das Oberkommando über sämtliche Freikorpsverbände im Baltikum. Als er am 1. Februar 1919 in Libau eintraf, bemerkte er, daß er „vier Feinde" zu bekämpfen habe, nämlich die Rote Armee, die Libauer Soldatenräte, die deutschfeindliche lettische Regierung, sowie die Alliierten. (Meine Sendung . . ., S. 128.) Später fügte er noch die deutsche Regierung hinzu. Während der ersten zwei Monate nach seiner Ankunft wurde der erstgenannte Gegner aus dem größten Teil Lettlands – Riga ausgenommen – vertrieben; der zweitgenannte wurde kurzerhand beseitigt, und am 16. April setzte er anstelle von Ulmanis eine Marionettenregierung ein. (Vgl. unsere Anm. 29). S. auch Benoist-Méchin, a. a. O., II, S. 18–22, mit einer Karte mit den deutschen Positionen, sowie Senate Documents, XV, S. 10–28.

[28] Stephen Tallents, damals britischer Vertreter im Baltikum, schildert die allgemeine Unkenntnis der dortigen Verhältnisse recht plastisch, wenn er schreibt: „Das amtliche Telegramm aus Paris, das meine Reise ins Baltikum veranlaßte, offenbarte mit einer völlig überholten Beschreibung des Pariser Hauptquartiers eine sehr nebelhafte Vorstellung von den Ländern, über die ich weitere Informationen sammeln sollte, ganz abgesehen von dem recht überholten historischen Teil seines Inhalts. Hohe französische amtliche Kreise waren offenbar nicht besser unterrichtet. Als Frankreich zur gleichen Zeit eine Mission nach Lettland zu entsenden beschloß, erhielt deren Leiter zu seinem größten Erstaunen eine Anweisung auf Zahlungsmittel . . . in Höhe von über tausend Yen [!]. . . . Meine eigene Ignoranz über

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach und nach jedoch nahm die alliierte Politik, insbesondere gegenüber den Freikorps, Gestalt an. Wenngleich sie in den ersten Monaten unklar, ja widerspruchsvoll blieb, so stand doch Ende Juni ihre Grundlinie fest: die deutschen Freiwilligenformationen mußten zurückgezogen werden! Ihr Unternehmen hatte allzu „politischen" Charakter gewonnen, und dieser Charakter entsprach nicht den Vorstellungen der Alliierten. Der dreiste und erfolgreiche Gewaltstreich der Freikorps gegen das Regime Ulmanis' machte ihnen dies vollends bewußt[29]. Bei einer Konferenz in Paris am 30. April erörterten die alliierten Außenminister Vorschläge ihrer örtlichen Vertreter, den militärischen Führer der Freikorps, General von der Goltz, aus der lettischen Politik auszuschalten und die Deutschen aufzufordern, den sofortigen Abzug ihrer Truppen unter alliierter Kontrolle einzuleiten[30]. Die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung solcher Pläne im Wege standen, hatten sich aber bereits bei einer früheren Zusammenkunft (am 19. April) herausgestellt. Damals hatten der englische und der französische Außenminister erklärt, die Alliierten seien nach Artikel XII des Waffenstillstandsabkommens vollkommen berechtigt, den Abzug der Deutschen zu verlangen (während der amerikanische Außenminister Lansing meinte, man sollte den Abzug nur auf Grund des Versailler Vertrages fordern), indes, wie Balfour offenherzig bemerkte,

> „die Alliierten und Assoziierten Mächte hätten keine Truppen, die die Deutschen ersetzen könnten. Die Alliierten und Assoziierten Mächte befänden sich daher in der demütigenden Lage, die Deutschen zur Niederhaltung der Bolschewisten verwenden zu müssen, wenn auch die Deutschen die Letten daran gehindert hätten, eigene Truppen aufzustellen."[31]

Einerseits eine deutsche Revanche im Baltikum zu verhindern, andererseits dessen bolschewistische Besetzung zu verhüten, wurde somit die Aufgabe – und das Dilemma – der alliierten Politik.

Unter diesen Umständen verlangte Foch in einem Telegramm vom 3. Mai an die Interalliierte Waffenstillstandskommission in Spa nur „die sofortige Abberufung von der Goltz'"[32], gedacht als erster Schritt zum schließlichen Abzug aller deutschen Truppen, von dem zu sprechen man zu diesem Zeitpunkt noch sorgfältig vermied.

---

jene Länder war so groß, daß ich bezweifle, ob ich eine Versorgung mit Yen für meine Reisekosten beanstandet hätte." Sir Stephen Tallents, Man and Boy, London 1944, S. 267f.

[29] Am 16. April stürzten Freikorpseinheiten das Regime Ulmanis und setzten eine freundschaftlich gesinnte Regierung unter Pastor Andreas Needra ein. Ulmanis und seine Minister nahmen auf einem britischen Kriegsschiff Zuflucht. Über die Beteiligung von Goltz und anderen Freikorps-Führern bei diesem Vorgang vgl. Waite, a. a. O., S. 114, Anm. 66, sowie die dort zitierten Quellen. Sipols (a. a. O., S. 112f.), der sowjetische Quellen heranzieht, schreibt, daß Ulmanis vor dem Putsch gewarnt worden sei, daß er aber in der Hoffnung auf alliierte Unterstützung das Ultimatum der Freikorps zurückgeschickt habe.

[30] U.S. For. Rel. IV, S. 641f. Lansing legte Wert auf die Feststellung, daß diese Empfehlungen nicht die amtliche amerikanische Ansicht darstellten.

[31] Ebd., S. 591f.

[32] Documents on British Foreign Policy, hrsg. von E. L. Woodward u. R. D. Butler, First Series, London 1948ff., Vol. III, Nr. 27, Anm. 2 (zitiert: Brit. Doc.).

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Antwort der Reichsregierung war ablehnend und gab zu verstehen, daß sie eine Zurückziehung ihrer gesamten Truppen beabsichtige (wozu sie damals wohl noch imstande gewesen wäre) und daß Goltz dann mit ihnen heimkehren würde[33]. Dies bedeutete eine peinliche Überraschung für die Alliierten, denn sie hatten keinen Ersatz für die deutschen Truppen. So verwarfen sie ihren ersten Befehl und beschlossen bei einer Außenministerkonferenz am 23. Mai, daß die Deutschen im Endeffekt abziehen müßten, daß sie jedoch „bis auf weiteres bleiben sollten, wo sie seien"[34].

Da den Alliierten die Bedeutung des Baltikums mehr und mehr bewußt wurde, entsandten sie eine Militärmission dorthin. Ein britischer General, Sir Hubert Gough, wurde ihr Leiter, und obwohl es sich offiziell um eine „alliierte" Mission handelte, bestand ihr Personal nur aus Briten; überdies erhielt Gough seine Befehle unmittelbar vom Reichsgeneralstab (Imperial General Staff) und sollte seine Berichte an das britische Kriegsministerium senden[35]. Die Mission Gough trug jedoch wenig zur Klärung der verworrenen Lage bei, da sich im Baltikum bereits eine Reihe von alliierten Missionen befand, deren jede ihrer eigenen Regierung verantwortlich war, was die Schwierigkeiten der alliierten Politik noch erhöhte[36].

---

[33] Wipert von Blücher, Deutschlands Weg nach Rapallo, Wiesbaden 1951, S. 73. Berlin ließ durchblicken, daß Goltz selbst kein Problem sei. General von Seeckt zufolge hätte die Reichsregierung damals tatsächlich beschlossen, das Baltikum zu räumen (F. von Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben 1918–1936, Leipzig 1940, S. 135). Dies ist doch eine Übertreibung, denn die Deutschen drohten nur mit der Räumung.

[34] U. S. For. Rel., Vol. IV, S. 762. Goltz blieb unerwähnt.

[35] Senate Documents, XV, S. 29. Die Generalanweisung des Chefs des Imperial General Staff, Wilson, an Gough vom 4. Juni wies ihn an, a) den Einfluß der Alliierten zu stärken und den Deutschlands zu neutralisieren, b) deutsche Truppenbewegungen „soweit tunlich" zu überwachen, c) Einfuhren für die Deutschen zu beobachten und über deren Verwendung zu berichten, „dabei als Endziel stets den Abzug der deutschen Truppen im Auge zu behalten". Ebd., S. 37–40. Die Mission sollte die lettische Regierung auch in Fragen der Schaffung einer einheimischen Truppe beraten. U. S. For. Rel., IV, S. 762.

[36] Es gab zwei amerikanische Missionen: erstens eine Lebensmittelkommission, die Herbert Hoover, dem Leiter der Abteilung Ernährung der Obersten Wirtschaftskonferenz, unterstellt war, und eine weitere unter Oberstleutnant Warwick Greene, die seit dem 23. März in Lettland war, „um [die Lage] zu beobachten und darüber zu berichten". Es gab außerdem eine französische Mission unter Oberst du Parquet, der gegen Ende Mai eintraf, sowie eine weitere englische Mission unter Oberst Tallents, der „britischer Hauptkommissar im Baltikum" war und als solcher über die politische Lage berichten und die allgemeine Politik koordinieren sollte. Er erhielt seine Instruktionen vom Foreign Office und war Gough nur in militärischen Fragen unterstellt. Zu berücksichtigen ist ferner, daß Admiral Cowan, der an Sinclairs Stelle getreten war, sich in der Regel mit britischen Kriegsschiffen in der Nähe zur Verfügung hielt. Zu diesen Missionen s. Senate Documents, XV, S. 29f. und 41f.; Tallents, Man and Boy, Kapitel 21 und 22; U. S. For. Rel., Vol. XII, Greene Report; du Parquet, L'aventure allemande en Lettonie, Paris 1926, S. 59ff., besonders S. 44f. S. auch Sipols, a. a. O., S. 94–103. Dieser behauptet, die wahre Aufgabe dieser Missionen sei gewesen, einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion gemeinsam mit den Deutschen vorzubereiten. – Beispiele für Meinungsverschiedenheiten zwischen Amerika und Großbritannien, die hauptsächlich von den Berichten dieser vielen Missionen herrührten, enthält U. S. For. Rel., IV, S. 691–93. Dort bezichtigt

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einer der Gründe, die den Alliierten die Entsendung Goughs besonders dringlich erscheinen ließen, war die Eroberung Rigas durch deutsche Truppen am 23. Mai. Diese Aktion war von den Alliierten ausdrücklich verboten und Goltz, der den Angriff gefordert hatte, auch von der Reichsregierung „verweigert" worden[37]. Deren tatsächliche Haltung bei dem ganzen Geschehen ist unklar und zweideutig; sie bedarf jedoch um so genauerer Prüfung, als die Alliierten ständig Berlin für die Freikorps verantwortlich machten, obwohl deren Anwesenheit im Baltikum keineswegs ohne weiteres auf die Politik der Reichsregierung zurückgeführt werden konnte.

Wie gesagt, waren Regierung und Oberste Heeresleitung wenig erbaut, die „Befehle" von Artikel XII des Waffenstillstandsabkommens auszuführen. Als Winnig den Inhalt des Abkommens mit Ulmanis nach Deutschland übermittelt hatte, bewirkten jedoch hauptsächlich die darin gemachten Versprechungen und der Drang der Freikorpsangehörigen, irgendwie aktiv zu werden, die ständige Zunahme der deutschen Truppen im Baltikum. Reichsregierung und Oberste Heeresleitung waren an sich nicht in der Lage, sich auf ein imperialistisches Abenteuer einzulassen; beide hatten zu Hause wichtigeres zu tun[38]. Allerdings verlegte die OHL, nachdem die Truppen der Westfront zurückgeführt worden waren und sich das Kampfgeschehen auf absehbare Zeit nach Osten verlagert hatte, ihr Hauptquartier von Spa nach Kolberg und errichtete eine Sonderabteilung – das Armeeoberkommando Nord – in Königsberg mit der Aufgabe, den Schutz der deutschen Ostgrenze zu organisieren. Einen wichtigen Teil ihrer Schutzmaßnahmen sollten die Aktionen der Freikorps in Lettland bilden[39].

In der Absicht, die deutsche Ostgrenze zu schützen und, wie manche hofften, schließlich eine „Brücke zum neuen Rußland" herzustellen, gewährte daher die OHL der baltischen Aktion in ihren Anfängen stillschweigende Unterstützung[40]. Die sozialistische Reichsregierung war von dem Unternehmen nicht sehr begeistert, denn sie wurde sich der Gefährlichkeit der Freikorps allmählich bewußt; aber auch ihre praktische Haltung war zweideutig und widersprüchlich.

Am 27. März erklärte Noske vor der Nationalversammlung, zwischen der OHL, ihm selbst und der Reichsregierung bestehe „absolute Übereinstimmung darüber", daß die deutschen Truppen im Baltikum „keine Offensivbewegung" unternehmen

---

z. B. Balfour Lansing, „einigermaßen falsch informiert zu sein", und spricht von dem „seltsamen Unterschied" zwischen Lansings und seinen eigenen Informationen.

[37] U. S. For. Rel., IV, S. 762; Waite, a. a. O., S. 116.

[38] Klatt, a. a. O., S. 89.

[39] Reginald H. Phelps, Aus den Groener-Dokumenten, IV: Das Baltikum 1919, in: Dtsch. Rundschau, 76 (1950), S. 830f. Groener zufolge spielte die baltische Frage in der damaligen deutschen Politik nur eine sekundäre Rolle, und zwar nur insoweit, als es um den Schutz Ostpreußens ging. Das Oberkommando Nord unterstand General von Seeckt.

[40] Rabenau, a. a. O., S. 128f.; Benoist-Méchin, a. a. O., II, S. 17–19; Phelps, Groener . . ., S. 830f.; Gerald Freund, Unholy Alliance: Russian-German Relations from the Treaty of Brest-Litovsk to the Treaty of Berlin, London 1957, S. 41; Hehn, a. a. O., S. 175.

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollten[41]. Am 24. April wurde dies von Groener bekräftigt[42]. Offenbar waren denn auch die amtlichen deutschen Stellen von Goltz' Erfolgen im März und April überrascht, und als Anfang Mai die Frage eines Angriffs auf Riga auftauchte, wurde Goltz dringend zur Rücksprache nach Berlin beordert[43]. Hier stellte sich heraus, daß Goltz die Offensive gegen Riga unbedingt durchführen wollte, doch lehnte die Reichsregierung, von der OHL unterstützt, seinen Antrag ab. Goltz gab sich aber nicht so leicht geschlagen. Auf seine Frage, was die Regierung tun werde, falls die *baltische Landeswehr* angreifen würde, erhielt er die Antwort, daß man über die „lettische Armee" natürlich keine Befehlsgewalt habe. Von dieser Auskunft befriedigt, kehrte Goltz ins Baltikum zurück und am 23. Mai meldete das Berliner Nachrichtenbüro, daß die baltische Landeswehr die Bolschewisten aus Riga vertrieben habe[44].

Gleichviel in welchem Maße Reichsregierung und Oberste Heeresleitung den Aktionen der Freikorps im ganzen Vorschub geleistet oder opponiert haben mögen: in diesem Falle machten sie keinen energischen Versuch, sie zu beschränken. Am 5. Mai schritt man zwar dazu, die weitere Anwerbung von Freiwilligen zu verbieten, doch ohne jeden praktischen Erfolg. Wurde ein Werbebüro geschlossen, so tat sich irgendwo anders ein neues auf, nötigenfalls heimlich. Es war „ein Zeichen arger Schwäche der Regierung", daß die Rekrutierung nicht verhindert werden konnte[45]. Denn die Möglichkeit, den eigenen Tatendrang zu befriedigen, das Versprechen von Siedlungsland, die Gelegenheit, den Erscheinungen der Unordnung und Auflösung in der Heimat zu entrinnen, ließen weiterhin Tausende junger Leute dem „Ruf des Baltikums" folgen. Die „baltische Seuche" (Noske) breitete sich aus, mittelbar und unmittelbar von vielen Stellen gefördert, insbesondere nachgeordneten Funktionären in Regierung und Heer[46]. Goltz und die Freikorps aber wurden unterdessen immer unabhängiger.

---

[41] Noske, a. a. O., S. 180.

[42] Phelps, Groener . . ., S. 831. Bei dieser Kabinettssitzung sprach Ministerpräsident Scheidemann von der Gefahr, die das Verbleiben deutscher Truppen im Baltikum darstelle, und empfahl ihre Zurückziehung auf deutschen Boden. Dazu kam es zwar damals nicht, doch ist die versteckte Abzugsdrohung, mit der die Note der Alliierten vom 3. Mai beantwortet wurde, wahrscheinlich auf diese Kabinettssitzung zurückzuführen.

[43] Blücher, a. a. O., S. 73.

[44] Ebd. Siehe auch Goltz, Meine Sendung . . ., S. 188ff.; Waite, a. a. O., S. 116f. Freund (a. a. O., S. 41), schreibt, Goltz habe sich den Befehlen Seeckts und der OHL „offen widersetzt". Obgleich dies an sich richtig ist, hätte die OHL doch Goltz' Rückkehr ins Baltikum leicht verhindern können, wäre sie wirklich entschieden gegen eine Offensive gewesen. Überdies besteht Grund zu der Annahme, daß Seeckt persönlich die Offensive gegen Riga nicht ablehnte, sofern sie nicht darüber hinausging (Blücher, a. a. O., S. 73). Allerdings meinte Seeckt, wenn man der Entente mit dem Abzug der deutschen Truppen drohen wolle, so würde diese Drohung an Wirksamkeit verlieren, falls der Angriff weiter vorgetragen würde. Auf jeden Fall war Seeckt zu dieser Zeit der Meinung, „daß das Schicksal dieser Gebiete nicht mehr mit der Waffe in der Hand entschieden" werden könne (Rabenau, a. a. O., S. 150).

[45] Noske, a. a. O., S. 179.

[46] Ebd., S. 180f.; Blücher, a. a. O., S. 78.

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als erste sollten die Alliierten spüren, was es heißt, mit einer solchen unbotmäßigen paramilitärischen Organisation umgehen zu müssen. Erschwert wurde dies noch durch ständige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und England und Frankreich andererseits über die Lösung des Problems. Im Juni, als die baltische Frage von der Außenministerkonferenz vorübergehend auf Eis gelegt worden war, um zunächst die Ergebisse der Mission Gough abzuwarten (und sich anderen, dringenderen Fragen zu widmen), gingen in Paris weitere Lageberichte der unabhängigen Missionen, namentlich der amerikanischen, ein. Sie verharmlosten den Marionetten-Charakter der Regierung Needra. Es hieß, diese habe „die Alliierten um Hilfe gebeten und sich erst mangels einer solchen an die Deutschen gewandt". Ulmanis wurde vorgeworfen, nichts getan zu haben, als sich feige auf einem englischen Schiff zu verstecken und gegen „Hunnen und Balten" zu hetzen[47]. In einer Schilderung der Lage bis zum 22. Juni übte der Oberstleutnant Greene Kritik daran, daß die Alliierten

> „sich dazu herabgewürdigt haben, die deutschen Besatzungstruppen andauernd zu belästigen, aber *nie versucht haben, eindeutig und konstruktiv Stellung zu nehmen.* Sie haben die Deutschen weder als Verbündete behandelt noch als Feinde bekämpft, *noch in ihnen ihre Agenten oder Bedienten erkannt, was sie tatsächlich waren.* Statt dessen haben sie sie einfach als Eindringlinge beschimpft und es dabei bewenden lassen."[48]

In einem Bericht vom 30. Juni wurde sodann empfohlen – da die baltischen Provinzen nunmehr von Bolschewisten ziemlich frei seien –, die Hälfte der deutschen Truppen in Lettland zurückzuziehen. Dies dürfe freilich nicht übereilt geschehen, weil sonst die Roten zurückkämen. Irgendwie müsse man jedoch handeln; denn „eine fortgesetzt passive Politik . . . [der Alliierten] wird diese Länder unvermeidlich dem Bolschewismus oder dem Germanismus anheimfallen lassen, je nachdem wer sich als der Stärkere erweist"[49].

Auf Grund ähnlicher Berichte hatten die Alliierten bereits am 13. Juni 1919 Marschall Foch angewiesen, den Deutschen zu befehlen, mit der Räumung Lettlands gemäß Artikel XII des Waffenstillstandsabkommens zu beginnen[50]. Als kurz darauf General Gough in dem nach wie vor von den Freikorps besetzten Riga eintraf, wiederholte er Goltz gegenüber den Befehl der Alliierten und fügte hinzu, Ulmanis müsse gestattet werden zurückzukehren und eine „rechtmäßige" Regierung zu bilden sowie eine Armee aufzustellen[51]. Goltz machte Ausflüchte und erklärte, er habe von seiner Regierung keine dahingehende Weisung erhalten[52].

[47] U. S. For. Rel., XII, S. 204f. Junge britische Offiziere wurden ebenfalls als „Hunnenfresser" bezeichnet.

[48] Ebd., S. 205. Meine Hervorhebung. Obwohl dieser Bericht deutschfreundliche Neigungen verrät, traf Greene den Nagel auf den Kopf, wenn er die Alliierten kritisierte, das Ausmaß der Freikorpsaktion nicht genau bestimmt zu haben.

[49] Ebd., S. 207–10.

[50] Brit. Doc., III, S. 1.

[51] Ebd., III, S. 1f.

[52] Goltz hatte sich einen schlauen Weg ausgedacht, den Art. XII zu umgehen: Da der

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Goughs Befehl war zwar ein schwerer Schlag für Goltz, doch berührte ihn dieser weniger als ein erneuter Angriff estnischer und lettischer Verbände auf die deutschen Stellungen im Norden Rigas. Diese Verbände setzten sich zum großen Teil aus Nationalisten zusammen, die der Anwesenheit der Freikorps in ihrem Lande überdrüssig waren. So mußte Goltz nachgeben, und es kam am 3. Juli zu einem Waffenstillstand zwischen den lettisch-estnischen Truppen und den Freikorps, der hauptsächlich den Bemühungen Oberst Tallents' zu verdanken war. Die Ulmanis-Regierung wurde, so wenig auch sie legitimiert war, wiedereingesetzt und das Kommando über die baltische Landeswehr einem britischen Offizier, Oberstleutnant – später Viscount – Alexander, übertragen. Tallents wurde bis zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung stellvertretender Gouverneur von Riga[53].

Damit schienen die Alliierten endlich eine politische Linie gefunden zu haben, an die sie sich halten würden. Gough erhielt Vollmacht, an Ort und Stelle nach eigenem Ermessen zu handeln[54]. Und da Goltz störrisch blieb, wurde die Reichsregierung von Foch und Weygand aufgefordert, ihm zu befehlen, mit Gough in Verbindung zu treten, um den Bedingungen sowohl des baltischen Waffenstillstandes als auch des Versailler Vertrages nachzukommen, der inzwischen von Deutschland unterzeichnet worden war[55].

Indes gestaltete die Unterzeichnung des Versailler Vertrages die örtliche Lage für die Alliierten eher schwieriger als einfacher. Denn mit welcher Einschränkung auch immer die Freikorps sich vorher an die Reichsregierung gebunden fühlen mochten: nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages fühlten sie sich gegenüber Deutschland und seiner Regierung nicht mehr verantwortlich. Ernst von Salomon schildert die Stimmung der Freikorps nach dem Eintreffen der Nachricht folgendermaßen:

> „Wir saßen eines Tages . . . in der Blockhütte des Leutnants Wuth. Schlageter war zu Besuch gekommen, wir besprachen die Möglichkeiten einer Siedlung in diesem Land. Wuth wollte einen Hof kaufen und eine Sägmühle bei Bad Baldon

Art. XII den Vertrag von Brest-Litowsk für nichtig erklärt habe, befinde sich Deutschland – und damit für Goltz auch die Freikorps – noch mit Rußland im Kriegszustand oder doch in einem Zustand, der, juristisch gesehen, kein Friede sei. Folglich hätten die Alliierten keine rechtliche Grundlage, den Rückzug zu erzwingen. Die Alliierten schenkten dieser Argumentation jedoch keine Beachtung. U. S. For. Rel., XII, 209–10.

[53] Die Verhandlungen, die zu dem Waffenstillstandsabkommen führten, sowie dessen Text sind wiedergegeben bei Tallents, a. a. O., S. 319–32. Siehe auch Brit. Doc., III, Nos. 1 u. 2. Benoist-Méchin (a. a. O., II, S. 34f.) gibt diese Verhandlungen aus französischer Sicht wieder (wobei praktisch ignoriert wird, daß nebenbei auch noch Engländer anwesend waren). Zur dortigen Lage in der Zeit von der deutschen Eroberung Rigas bis zum Waffenstillstand siehe ebd., S. 27–34.

[54] Auf Grund eines Beschlusses der fünf Mächte vom 8. 7. 19 (Brit. Doc., I, No. 5, minute 5).

[55] Ebd., III, Nos. 10 u. 22 sowie I, No. 23, Anlagen 1, 2 u. 6. – Art. XII des Waffenstillstandesvertrages mit Deutschland erschien im Versailler Friedensvertrag als Art. 433. Gemäß Art. 292 des Friedensvertrages erkannte Deutschland die Aufhebung aller Abmachungen mit Rußland oder irgendeinem Staat oder irgendeiner Regierung an, „deren Gebiet ehemals einen Teil Rußlands bildete" – womit auch das Abkommen zwischen Winnig und Ulmanis hinfällig wurde.

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– noch waren die Letten dort. Da kam Leutnant Kay ins Zimmer und sagte hastig in den Tabakrauch hinein: ‚Deutschland hat den Friedensvertrag unterzeichnet!'

Einen Augenblick war alles still, so still, daß der Raum fast dröhnte, als Schlageter aufstand. Er hielt die Klinke in der Hand und murmelte: ‚Soso, Deutschland hat also unterzeichnet . . .' Er hielt inne, blickte starr geradeaus und sagte dann, und hatte auf einmal einen bösen Ton in der Stimme: ‚Ich meine, was geht denn das schließlich uns an?' Und hieb die Tür ins Schloß, daß der ganze Raum bebte, und war draußen.

Wir erschraken . . . mit jenem eiskalten, ernüchternden Prickeln im Hirn, das immer einsetzt, wenn der Schrecken des Herzens ausbleibt . . . Wir hatten geglaubt, daß uns das Land niemals entließ, daß es uns band mit einem unzerstörbaren Strom, daß es unsere geheimen Wünsche speiste und unserem Tun die Rechtfertigung gab. Nun war alles zu Ende. Die Unterschrift gab uns frei."[56]

Auf diese Wendung war die Politik der Alliierten offenbar nicht gefaßt. Wo sie hätte kraftvoller sein sollen, blieb sie so steril wie zuvor. Mit vollem Recht kam der Bericht an den amerikanischen Senat zu dem Schluß, daß seit dem 23. Juli „die Alliierten und Amerika im Erkennen von Ausmaß und Bedeutung der Fragen, um die es im Baltikum gehe, eine einzigartige Schwerfälligkeit an den Tag gelegt" hätten[57].

III. Entwirrung

Goltz und die Freikorps waren jeder „fremden" Kontrolle ledig geworden. Was immer von seiten der Alliierten geschah, um ihren Abzug zu erreichen – im Sommer 1919 war das nicht gerade viel –, erwies sich als nutzlos. Zwar schien sich im September die Lage zugunsten der Alliierten zu wandeln; doch berichtete General Gough der Fünfmächtekonferenz in Paris, daß „die deutsche Regierung im Augenblick tatsächlich abwarte, ob sich die Friedenskonferenz in Paris oder General von der Goltz als der Stärkere erweisen" werde[58]. Diese Feststellung ist nicht so übertrieben, wie sie klingt; denn es war durchaus noch nicht klar, wann und wie die deutschen Truppen abgezogen werden sollten. Allerdings hatte sich die Politik der Alliierten – von wiederholten Einwänden der Amerikaner einmal abgesehen – inzwischen auf die Notwendigkeit des Abzuges der Deutschen festgelegt. Die bolschewistische Gefahr wurde endlich als imaginär erkannt[59]. Doch stellte das Abklingen

[56] Die Geächteten, S. 109f. Auch Waite, a. a. O., S. 128, Anm. 106, betont, daß die Freikorps, wie sehr sie auch sich auf die Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch Deutschland berufen mochten, doch schon lange vorher gegen die Reichsregierung bzw. die Republik zu rebellieren begonnen hatten. Die Unterzeichnung des Vertrages bestärkte sie nur in dem Gefühl, im Stich gelassen bzw. auf sich selbst gestellt zu sein.

[57] Senate Documents, XV, S. 28.

[58] Brit. Doc., I, No. 60, min. 2.

[59] Lloyd George hatte recht behalten, wenn er sagte: „Die Bolschewisten werden verschwinden, die Deutschen aber nicht" (ebd., 1, No. 57, min. 8). Sipols behauptet unverwandt, daß die Alliierten die deutschen Truppen nie ernstlich abziehen wollten, weil sie diese für ihre eigenen imperialistischen und aggressiven Pläne gegen Rußland benötigt hätten. Siehe, a. a. O., besonders S. 138 u. 150f., wo er von einer Art geheimem Übereinkommen zwischen

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieser Bedrohung die alliierte Diplomatie vor ein neues Problem: Welche Unterstützung sollte – und konnte – man den neu entstehenden Nationen gewähren?

Einerseits leisteten die Alliierten in Rußland den Truppen des Admirals Koltschak Beistand. Andererseits hatten sie bereits im Dezember 1918 Lettland und Estland *de facto* anerkannt und hatten bei zahlreichen Gelegenheiten ihrer Sympathie für das Streben dieser Völker nach Unabhängigkeit Ausdruck gegeben[60]. Koltschak war jedoch nicht bereit, die Unabhängigkeit der baltischen Provinzen anzuerkennen, so daß die Möglichkeiten materieller Unterstützung dieser Länder bei ihrer Befreiung von deutscher Vorherrschaft seitens der Alliierten durch deren vorausgehende Verpflichtungen gegen Koltschak begrenzt waren[61]. Und die Letten brauchten materielle Hilfe, nämlich Waffen, Geld und ausgebildete Truppen, denn sie waren

> „von einer Macht bedroht, die [sie] nicht weniger fürchten als Sowjetrußland [„Soviet of Russia"!] und deren Vormarsch für die Alliierten nicht weniger gefährlich ist . . . Mit der Abwehr der deutschen Streitkräfte erfüllen die Letten eine Aufgabe, für die nach dem Waffenstillstandsabkommen die Alliierten verantwortlich sind und die sie vernachlässigt haben."[62]

Als die Zahl dringender Bitten um Hilfe, die von den alliierten Vertretern im Baltikum eintrafen, peinlich wurde[63], versprach man, Waffen und sonstige Ausrüstung zu liefern, und einiges kam tatsächlich an[64]. Dies war jedoch völlig unzureichend; die Alliierten suchten nach einem Ausweg, der eine Entsendung von Geld und Truppen vermied. Bereits im August hatte man zwei interessante und problematische Vorschläge diskutiert, als es nämlich offenbar wurde, daß die deutsche Regie-

---

den Alliierten und der Reichsregierung spricht. Im Sinne dieses Übereinkommens hätten die deutschen Truppen im Baltikum bleiben sollen, während die Alliierten zur Befriedigung ihrer öffentlichen Meinung vorgaben, die Zurückziehung der Truppen zu verlangen. Für Sipols existieren Problematik und praktische Schwierigkeiten eines Abzugs der Deutschen überhaupt nicht.

[60] S. z. B. ebd., III, No. 96. Materielle Unterstützung wurde nicht versprochen.

[61] Ebd., I, No. 38, min. 2; No. 19, min. 8; III, No. 60. S. auch Senate Documents, XV, 33–35; Anderson, a. a. O., S. 283; sowie Royal Inst. of Internat. Affairs, The Baltic States: A Survey of the Political and Economic Structure and the Foreign Relations of Estonia, Latvia and Lithuania, London 1938, S. 25. Dort wird gesagt, daß Koltschak und Judenitsch „eine Anerkennung unabhängiger Republiken entschieden ablehnten". Es ist allerdings noch keineswegs sicher, daß die Alliierten Lettland wirklich unterstützt hätten, wenn die zweifellos ernst gemeinten Verpflichtungen gegenüber Koltschak nicht bestanden hätten. Das frühere Verhalten der Alliierten liefert keinen Beweis hierfür, und abgesehen von amerikanischer Lebensmittelhilfe war die materielle Unterstützung verschwindend gering. Die Frage der Unabhängigkeit der baltischen Staaten wurde dem Völkerbund überlassen.

[62] Brit. Doc., III, No. 161. Tallents (Riga) an Curzon. Am 25. September hatte Curzon erklärt: „Sr. Majestät Regierung hält sich nicht für berechtigt, irgendeinen Druck auf die freie Initiative der baltischen Staaten auszuüben." Mit anderen Worten: sie sollten sich selbst überlassen bleiben. Ebd., III, No. 445. Allerdings hatte Curzon in der gleichen Denkschrift auch bemerkt, daß die Freikorps „die Hauptgefahr" für Nordost-Europa darstellten!

[63] Ebd., III, Nos. 79, 80, 87, 101.

[64] Ebd., III, No. 91.

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung die Forderungen nach dem Abzug der Freikorps nicht durchsetzen wollte oder konnte. Vor einer Erörterung dieser Vorschläge erscheint es jedoch geraten, die Haltung der deutschen Regierung im Sommer und Herbst 1919 zu betrachten.

Die deutsche Politik gegenüber den baltischen Freikorps war in diesen Monaten genauso verwirrt wie die der Alliierten. Reichsregierung und Auswärtiges Amt waren – von einigen nachgeordneten Funktionären abgesehen – im ganzen gegen das Unternehmen. Als Ausdruck deutscher Politik ist daher die Haltung der Obersten Heeresleitung von besonderem Interesse, zumal sie am engsten mit den Truppen im Baltikum verbunden war. Am 3. Juli schrieb Groener, daß die baltische Sache militärisch völlig und politisch zu neunzig Prozent verloren sei. Er vertrat die Ansicht, daß Goltz töricht sei, aus ihr noch etwas gewinnen zu wollen, und schrieb, daß die Freikorps-Offiziere „selbst einen neuen Krieg mit England da oben entfesseln [würden] mit ihren paar Kanonen u[nd] Männerchen. Immer und überall das alte Lied vom deutschen Träumer."[65] Am 14. August meinte er dann, Goltz sei ein hoffnungsloser Fall; seine Entlassung sei der einzige Ausweg. Vier Tage später aber riet er, obwohl er zugegeben hatte, daß das ganze Unternehmen ein dummer Fehler gewesen sei: „Wir müssen sehen, daß wir mit einem blauen Auge aus der Sache herauskommen. Wir brauchen eine Brücke nach dem großen Rußland. Dafür wäre das Beste: Drinbleiben, abwarten . . .".[66] Am 26. August verlangte er sodann telegrafisch Goltzens Gehorsam, sowie den Abzug der Truppen – gegen bestimmte Zugeständnisse an die Freikorps nach ihrer Rückkehr. – Am 5. September telegrafierte schließlich Noske an Groener und verlangte absoluten Gehorsam und sofortigen Abzug der Verbände unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung und Preisgabe von seiten Deutschlands[67]. Abzugsbefehle, welche örtliche Freikorpsführer erreichten, wurden von diesen und ihren Mannschaften jedoch mit passivem Widerstand und schließlich mit offener Befehlsverweigerung beantwortet. Reichsregierung und Oberste Heeresleitung schienen machtlos[68].

Die Alliierten suchten daher nach wirksameren Mitteln, den Abzug durchzusetzen. Der erste der beiden Pläne, welche vollbringen sollten, was weder der Reichsregierung noch deren Diplomaten gelungen war, sah die Verwendung russischer Kriegsgefangener vor, die sich noch in Deutschland befanden und die nun die lettischen und sonstigen anti-bolschewistischen (und anti-deutschen) Kräfte im Baltikum ver-

---

[65] Phelps, Groener . . ., S. 832f.

[66] Ebd., S. 837.

[67] Ebd., S. 838–40.

[68] Einzelheiten über eine durch Major Bischoff von der Eisernen Division angeführte Revolte bei Waite, a. a. O., S. 124f. Die nationalistische Presse in Deutschland ermutigte die aufsässigen Freikorps, indem sie sie zu Helden machte (Noske, a. a. O., S. 179f.). Noch Mitte August gingen zahlreiche Freiwillige ins Baltikum, und erst am 6. November konnte Noske die weitere Werbung abstellen (Brit. Doc., III, Nos. 42 u. 184). Der Großteil der deutschen öffentlichen Meinung stand dem ganzen Geschehen entweder gleichgültig oder ablehnend gegenüber. Gewisse Kreise allerdings verglichen Goltz bewundernd, und nicht ganz unzutreffend, mit D'Annunzio (ebd., III, Nos. 107, 116).

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stärken sollten[69]. Die Tatsache, daß ein derartiges Projekt von den alliierten Außenministern überhaupt erwogen wurde, kennzeichnet den bankrotten Zustand ihrer Politik. Als der wichtigste Vorteil für diese Form von 'Repatriierung', wurde angeführt, daß sie die Alliierten von den Unterhaltungskosten für die Kriegsgefangenen in Deutschland befreien würde; in zweiter Linie – nach diesem unverblümt finanziellen Argument – wurde vermerkt, daß diese rückgeführten Kriegsgefangenen für die lettischen und anti-bolschewistischen Verbände von Nutzen sein *könnten*. Der wichtigste Nachteil des Planes bestand freilich darin, daß die ‚Repatriierung' „*zweifellos* der Rekrutierung der Roten Armee Vorschub leisten würde"[70]. Denn in einer Anzahl von Fällen hatte eine Repatriierung bereits stattgefunden, und die Nachrichten der Alliierten darüber bestätigten, daß die Kriegsgefangenen tatsächlich entweder von den Deutschen oder von den Bolschewisten verwendet wurden![71]

Unnötig, zu betonen, daß dieser Plan nie zur Ausführung gelangte. Daß er aber ernsthaft erörtert wurde, beweist auch, in welchem Grade Zweckmäßigkeitserwägungen und Improvisation die Politik der Alliierten bestimmten. Es beweist schließlich, wie sehr die Alliierten von Kriegsmüdigkeit befallen waren: Der Krieg war doch vorbei; alliierte Truppen in irgendein unbekanntes Land zu schicken, um dort gegen einen Feind zu kämpfen, den man gerade besiegt hatte, war zuviel verlangt. So suchten die Alliierten weiterhin nach einer Alternative.

Der zweite Plan war etwas realistischer, dafür aber auch gefährlicher. Mitte September wurde in einer Folge von Konferenzen vorgeschlagen, eine polnische Armee gegen die Freikorps kämpfen zu lassen. Ursprünglich hatte man daran gedacht, eine polnische Armee von 500000 Mann gegen die Bolschewisten in Rußland einzusetzen; doch war diese Idee wegen der hohen Kosten eines solchen Unternehmens fallengelassen worden[72]. Lloyd George schlug darauf vor, diese Truppen gegen die Deutschen im Baltikum zu verwenden[73]. So wurde dieser Plan von den Alliierten beraten, nachdem die Reichsregierung wiederholt versichert hatte, daß sie die Räumung befohlen habe, die Freikorps jedoch die Befolgung des Befehls verweigert hätten. Lloyd George und General Weygand erschienen die Schwierigkeiten der

---

[69] Brit. Doc., I, No. 26, min. 7.

[70] Ebd., I, No. 26, Anhang F. Hervorhebung von mir.

[71] Ebd., III, Nos. 43, 44, 45. Es würde zu weit führen, die verschiedenen antibolschewistischen „russischen" Formationen, die damals (August-September) im Baltikum gebildet wurden, im einzelnen aufzuführen. In vielen Fällen dienten sie nur zur Tarnung von Freikorpseinheiten, welche zwar die gefährliche Wendung der Dinge erkannten, aber nicht nach Deutschland zurückkehren wollten. Die wohl phantastischste Formation wurde von Bermondt-Awalow zusammengebracht, einem größenwahnsinnigen Russen, der sich als den künftigen Zaren sah. Die Alliierten wußten von dieser Maskerade und erwogen dennoch, diese Kampfgruppen durch russische Kriegsgefangene zu verstärken. Ebd., III, Nos. 55, 102. – Vgl. zum ganzen Thema: Waite, a. a. O., S. 122ff.; Benoist-Méchin, a. a. O., II, S. 40–45; sowie Brit. Doc., III, No. 125.

[72] Brit. Doc., I, No. 57, min. 4 (b). Die Kosten hätten sich auf 600000 Pfund Sterling pro Tag belaufen.

[73] Ebd., I, No. 57, min. 8.

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichsregierung, sich gegen ihre „Baltikumer" durchzusetzen, glaubwürdig. Foch hingegen hegte einige Zweifel; doch gab er zu, daß die Verwendung der Polen vielleicht eine gute Idee sei[74]. Auf amerikanischer Seite widersetzte sich Polk dem Einsatz polnischer Verbände, weil, wie er meinte, die Litauer starke polnische Kontingente in jenem Gebiet fürchteten, und weil ferner die Schwierigkeiten um Schlesien und Danzig wiederaufleben würden, was zum Kriege zwischen Deutschland und Polen führen könnte[75]. Paderewski seinerseits war bereit, die Truppen zu stellen; doch auch er befürchtete einen Krieg mit Deutschland, da die Reichsregierung nur so lange eine Verantwortung für die deutschen Truppen im Baltikum ablehnen würde, als diese nicht angegriffen seien; im Falle eines Angriffs aber, so glaubte er, würde Deutschland den Krieg erklären und vom Westen gegen Polen vorgehen. Lloyd George war anderer Meinung und bemerkte:

> „In diesem Fall würde man die deutschen Verbände ächten [was bereits getan zu haben die Reichsregierung ständig behauptete]. Sie würden sich daher in der gleichen Lage befinden wie Morgan und Drake zur Zeit [der Königin] Elisabeth, als die beiden von der englischen Regierung fallengelassen wurden. Wie könnte dann die deutsche Regierung behaupten, es liege eine kriegerische Handlung Polens vor, wenn die polnische Armee die deutschen Verbände angreife?"[76]

Trotz der Einigkeit zwischen England und Frankreich über diese Lösung des Freikorpsproblems wollten jedoch die Vereinigten Staaten eine Verwendung polnischer Truppen nur als letzten Ausweg akzeptieren. So beschloß man, wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen, eine Einstellung der Rückführung deutscher Kriegsgefangener anzudrohen und unter Umständen Teile von Westdeutschland zu besetzen[77].

Die Diskussion über den Einsatz der polnischen Armee und die Verhängung von Sanktionen wurde dringlicher, als die Lage im Baltikum eine Verschlechterung erfuhr, die mit dem Angriff Bermondt-Awalows auf Riga (unter Verwendung von Freikorpseinheiten) Mitte Oktober ihren Höhepunkt erreichte. Der Angriff selbst war nicht weiter bedeutsam – er scheiterte völlig –, doch übte er auf die Minister in Paris eine eigenartige Wirkung aus.

Bermondt hatte die Stadt angegriffen, war aber von tapferen lettischen Freiwilligenverbänden zurückgeschlagen worden. Angriff und Verteidigung schienen sich die Waage zu halten, bis Admiral Cowan nach Ablauf eines Ultimatums an Bermondt die Stellungen der Angreifer mit Granaten beschoß und sie zum Rückgang zwang. Cowan handelte dabei gänzlich aus eigener Initiative – erst nachträglich

[74] Ebd. – S. auch No. 58, min. 1. Der Amerikaner Polk war gleich Lloyd George der Meinung, daß die Reichsregierung aufrichtig sei.

[75] Ebd.

[76] Ebd., I, No. 58, min. 1.

[77] In einer Note an die Reichsregierung vom 27. September drohten die Alliierten, die Lebensmittel- und Rohstofflieferungen einzustellen und die deutsche Bitte um Finanzhilfe abzulehnen; Brit. Doc., I, No. 66, min. 3, und Anhang E mit dem Text der Note. Die Möglichkeit eines Repatriierungsstopps deutscher Kriegsgefangener wurde darin nicht erwähnt, hauptsächlich weil Großbritannien, dessen Repatriierungsprogramm in vollem Gange war,

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

billigte die britische Admiralität sein Vorgehen, denn sie hatte ihn für eine Situation wie diese nicht mit Weisungen versehen –, und als die Meldung über den Vorgang in Paris eintraf, nahmen die Minister sie lediglich zur Kenntnis[78]. Die Wirksamkeit einer kleinen, aber entschlossenen Machtdemonstration schien auf sie keinen Eindruck zu machen. Stattdessen bewegte sich Lord Curzon in grandiosen Vorstellungen. Im Höhepunkt des Angriffes auf Riga hatte er Frankreich vorgeschlagen, den Versailler Vertrag nicht zu ratifizieren. Dadurch würde es mit Deutschland in Kriegszustand bleiben und mit allen militärischen Mitteln gegen dieses vorgehen können, falls die Freikorps nicht zurückgezogen würden[79]. Derart drastische Maßnahmen wurden jedoch unnötig, denn es sollte sich eine andere Lösung finden.

Man kam schließlich überein, eine weitere alliierte Mission unter dem französischen General Niessel ins Baltikum zu entsenden, um den deutschen Abzug zu überwachen. Diese Mission sollte mit der Reichsregierung zusammenarbeiten, die nunmehr gleichfalls den Wunsch hatte, die baltische Episode zu beenden[80].

---

wegen der Kosten, die ein Stopp zusätzlich verursacht hätte, diesen nicht wünschte. Dies hielt England jedoch nicht davon ab, Frankreich und Japan einen Stopp ihrer Repatriierung zu empfehlen; Ebd., I, No. 64, min. 7 u. III, No. 105. Deutschland erklärte, daß diese Drohungen auf eine Wiederverhängung der Blockade hinausliefen, Curzon betonte jedoch, daß dies nicht der Fall sei; Ebd., III, No. 143. Die deutsche Presse übte an diesen „alliierten Beschränkungen der deutschen Schiffahrt" unter Hinweis auf die gleichzeitige Aufforderung der Alliierten an Deutschland, sich an der Blockade Sowjetrußlands zu beteiligen, lebhafte Kritik; Ebd., III, No. 144, sowie Noske, a. a. O., S. 181. Die Auswirkungen der alliierten Maßnahmen sind nicht ganz klar; die deutsche Schiffahrt wurde zweifellos behindert, doch war dies seit Monaten der Fall. Unmittelbare Rückwirkungen auf die Freikorpsoperationen dürften die Maßnahmen kaum gehabt haben. – Lloyd George spielte noch immer mit dem Gedanken eines Einsatzes der polnischen Armee; Brit. Doc., I, No. 64, min. 7.

[78] Brit. Doc., I, No. 74, min. 2, und III, No. 140.

[79] Ebd., III, No. 136, Curzon an Crowe (Paris), 14. 10. 19. Am gleichen 14. Oktober ratifizierte Frankreich bereits den Friedensvertrag. Es erscheint danach schwer vorstellbar, daß Curzon diesen Vorschlag sehr ernst gemeint hat. Falls er es doch getan haben sollte – was immerhin möglich ist –, so spricht eine solche Idee wenig für das Foreign Office. Ein weitaus besserer Weg wäre gewesen, Cowan genauere Weisungen zu erteilen, sofern nicht bei der Art, wie in London und Paris Politik gemacht wurde, volle Handlungsfreiheit für Cowan selbst am günstigsten war. Wenigstens er hatte offenbar erkannt, daß die Freiwilligenverbände im Baltikum das eigentliche Problem darstellten und nicht die Haltung der Reichsregierung, wie die Alliierten beharrlich meinten, obwohl höchste Stellen längst zugegeben hatten, daß Berlin über die Freikorps keine Kontrolle mehr besaß.

[80] Ebd., I, No. 71, min. 4; II, No. 7, min. 3, bes. Anhang C mit den Instruktionen für die Mission. Siehe auch III, No. 168, und General A. Niessel, L'Evacuation des Pays Baltiques par les Allemands, Paris 1935, S. 26–32. Außer Frankreich waren England, Amerika, Italien und Japan in der Mission vertreten. Jede Großmacht sollte die Kosten für ihren Vertreter tragen. Die USA weigerten sich jedoch, für irgendetwas aufzukommen, was nach Politik roch – wie dies im Baltikum nun einmal stets der Fall war –, und so erboten sich die Franzosen, vorläufig die gesamten Kosten selbst zu übernehmen und sie später unter die Alliierten aufzuteilen. Angesichts der Tatsache, daß Frankreich bei früheren Vorschlägen, deren Durchführung Kosten erforderte, angeblich nie Geld gehabt hatte, sowie angesichts des sich entwickelnden engeren französischen Verhältnisses zu Polen, sind seine Motive nicht über jeden Zweifel erhaben. Dies um so weniger, als Frankreich gegen den Widerspruch Eng-

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Mission Niessel, die mit der üblichen Verzögerung am 13. November in Tilsit (ihrem Standort) eintraf, wurde somit zum Allheilmittel der alliierten Politik. Alle Bitten um Weisungen von seiten der alliierten Vertretungen, die sich bereits an Ort und Stelle befanden, wurden nunmehr ausnahmslos dieser Mission zugeleitet, so dringend sie auch sein mochten[81]. Indes kam der Abzug der Freikorps infolge – oder soll man sagen: trotz – der Mission Niessel allmählich in Gang. General Turner, das britische Mitglied der Mission, berichtete, daß Noske und die Reichsregierung (im Gegensatz zu Winnig und einigen „großdeutschen" Phantasten in Königsberg) sehr entgegenkommend gewesen und daß alle *gehorsamen* Truppen zurückgezogen worden seien[82]. Aus Berlin meldete am 20. November General Malcolm, daß auch die deutschen Verbände, die sich im September zu den Russen – und zwar hauptsächlich zu Bermondt-Awalow – abgesetzt hätten, enttäuscht seien und nach Deutschland zurückkehren wollten[83]. Turner wies allerdings darauf hin, daß gewisse Freikorps, angeführt von Bischoffs ‚Eiserner Division', dem „Zentrum des baltischen Abenteuers", weiterhin intransigent seien und die Aktionen der Alliierten behinderten. Er empfahl, als Machtdemonstration Memel zu besetzen[84]. In einem abschließenden Bericht stellte Turner sodann fest, daß der Abzug durchgeführt sei, daß man aber die Mission Niessel deshalb noch keineswegs als einen Erfolg bezeichnen könne[85]; der Grund dafür liege in der konstanten Weigerung des alliierten Obersten Rates, der Mission „irgendeine andere Waffe zur Verfügung zu stellen als das moralische Gewicht ihrer Anwesenheit", – das sich als praktisch wirkungslos erwiesen habe. Turner empfahl nochmals dringend, die Verstärkung der alliierten Garnison in Memel, wohin sich die ‚Eiserne Division' zurückgezogen hatte; denn

lands und Amerikas darauf bestand, daß nötigenfalls Truppen gegen die Freikorps eingesetzt werden müßten. Die einzige zur Verfügung stehende Streitmacht aber war die polnische, da Frankreich selbst nicht bereit war, eigene Truppen zu verwenden. Brit. Doc., II, No. 8, min. 2. – Lord Curzon setzte sich jetzt im Gegensatz zu seinem Premierminister bzw. zu dessen Begeisterung für den Einsatz polnischer Truppen und erklärte, daß er ihn nicht unterstützen könne. Ebd., III, No. 188.

[81] Brit. Doc., III, No. 183. Ein Beispiel für solche Bitten ist eine dringende Botschaft von Oberst Ward, einem Mitglied der Tallents-Mission, aus Kowno vom 10. November, in der die sofortige Besetzung von Memel empfohlen wurde, um der offenen Weigerung der Deutschen zu begegnen, den Rückzug anzutreten. Ward berichtete auch Einzelheiten über angebliche Pläne zur Bildung eines Staates „Ostdeutschland" von seiten der verbleibenden Freikorpseinheiten, mit finanzieller Unterstützung durch westdeutsche Industriekonzerne. Ebd., III, No. 192.

[82] Ebd., III, No. 199.

[83] Ebd., No. 201.

[84] Ebd., Nos. 210 u. 211 (5. 12. 19). Turner berichtete auch bemerkenswert genaue Einzelheiten über Pläne, die einige Monate später im Kapp-Putsch verwirklicht werden sollten und die in den Freikorps bereits offen erörtert wurden.

[85] Dies ist das genaue Gegenteil dessen, was General Niessel selbst im Vorwort seines Buches, (a. a. O., S. 5) behauptet: „Die Evakuierung des Baltikums . . . war . . . einer der wenigen positiven und dauerhaften Erfolge, die [die Alliierten] erzielt haben." Immer wieder betont er, daß allein die von ihm geleitete Mission den Abzug der Freikorps bewerkstelligt habe.

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

falls sie dort verbleibe, könne sich „der Oberste Rat zuversichtlich auf weitere Schwierigkeiten gefaßt machen"[86].

Endlich, nach sechs Monate langen krampfhaften Bemühungen, war somit der Abzug der Freikorps aus Lettland erreicht worden. Man kann aber nicht behaupten, dieser Abzug sei der Schlußstein einer klaren und konsequent durchgeführten Politik gewesen. In Wirklichkeit war diese Politik genauso improvisiert und behelfsmäßig zusammengezimmert wie das Freikorpsunternehmen selbst. Man könnte ohne Übertreibung sagen, daß die Aktionen der Freikorps die Tätigkeit der Alliierten bestimmten – bzw. ihre Untätigkeiten erklären. Die alliierte Politik hinkte jeweils hinter den Ereignissen her und beeinflußte deren Ablauf kaum.

Die Freikorps befanden sich im Baltikum, weil die Alliierten nicht bereit gewesen waren, eigene Truppen einzusetzen; und man hielt es für selbstverständlich, daß die Freikorps wieder abzogen, als sie ihre Schuldigkeit getan hatten und zu einer Gefahr wurden. Früh genug entdeckten die Alliierten, daß paramilitärischen Organisationen wie den Freikorps nicht mit den herkömmlichen diplomatischen Methoden und Argumenten beizukommen war; doch taten sie nichts, ihre Politik umzustellen.

Daß die Freikorps als Instrumente imperialistischer Ziele Deutschlands im Baltikum eingesetzt wurden, ist fraglich und unter Berücksichtigung aller Umstände unwahrscheinlich. Zu Anfang waren jedenfalls die Alliierten für ihre Anwesenheit verantwortlich, und ohne den Artikel XII des Waffenstillstandsabkommens und das Abkommen mit Ulmanis hätte die Reichsregierung schwerlich bewaffnete Truppen ins Baltikum geschickt bzw. deren Anwerbung geduldet, um dort irgendwelche großen Pläne zu verfolgen. Denn Deutschland war im Winter 1918/19 zu solchen Unternehmungen nicht imstande. Als sich die Freikorps aber einmal im Baltikum befanden, versuchte Deutschland – namentlich die Oberste Heeresleitung und gewisse nationalistische Kreise – so stillschweigend wie möglich die, wie es schien, letzte Chance wahrzunehmen, für die vom Friedensvertrage zu erwartenden Verluste einen gewissen Ausgleich zu finden. Doch wurde – wiederum abgesehen von einer nationalistischen Minderheit, die über Geld und Einfluß verfügte – verantwortlichen Persönlichkeiten in Regierung und Oberster Heeresleitung im August 1919 die gefährliche Wendung der Dinge bewußt, und sie erkannten, daß das ganze Unternehmen verfehlt war.

Sie begannen darauf, mit den Alliierten zusammenzuarbeiten, und wenn auch die Sanktionsdrohungen und anderen Druckmittel sie darin bestärkt haben werden, so förderten diese doch nur eine bereits vorhandene Tendenz. Man könnte natürlich sagen, daß selbst noch im Herbst 1919 das Wort „Zusammenarbeit" eine zu positive Kennzeichnung der deutschen Haltung sei. Verglichen mit früheren Stadien der Entwicklung war man jetzt aber fraglos „kooperativ". Und die immer noch lange

[86] Brit. Doc., III, No. 214 (9. 12. 19). Eine Besetzung von Memel durch die Alliierten war bereits im Oktober vorgeschlagen worden. Siehe z. B. ebd., III, No. 155. Die ‚Eiserne Division' verließ schließlich Memel am 8. Januar 1920, zwei Tage vor dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages. Ebd., III, No. 217, Anm. 2.

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verzögerung des Abzugs läßt sich, soweit sie auf bewußter Absicht und nicht auf der Ohnmacht der Reichsregierung beruhte, mit innerpolitischen Rücksichten erklären, zu denen auch eine gerechtfertigte Besorgnis vor der Rückkehr der Freikorpsverbände gehörte. Das Gerede der „Baltikumer" von einem „Umsturz" war bekannt, und die Reichsregierung hatte auch nicht vergessen, daß die Ordnung im eigenen Lande einst mit Hilfe der Männer wiederhergestellt worden war, die jetzt mit geballten Fäusten nach Hause kamen. Es war kein Zufall, daß bald nach der Ankunft der Freikorps in Deutschland der Kapp-Putsch stattfand.

Die gesamte Politik der Alliierten gegenüber den Freikorps ging von unrealistischen Voraussetzungen aus, ob sie nun den Weg diplomatischer Verhandlungen beschritt oder die Anwendung von Gewalt – wie im Falle der polnischen Armee – erwog. Sicherlich wäre eine Anwendung von Zwangsmitteln ratsam gewesen, aber nicht so, wie die Alliierten sie sich vorstellten, und gewiß nicht – nach September 1919 – gegen die deutsche Regierung.

Die Beschießung der Bermondtschen Streitkräfte durch Admiral Cowan im Oktober war wohl die wirkungsvollste Einzelaktion von alliierter Seite. Daß der Entschluß dazu nicht von höheren alliierten Instanzen kam und von ihnen nachträglich nicht weiter gewürdigt wurde, ist bezeichnend für ihr mangelndes Verständnis der Situation. Auch kann man den Alliierten kaum einen Mangel an Informationen zugute halten, denn im Juli traf immerhin eine Reihe fundierter Berichte ein, die in ihrer Mehrheit eine entscheidende Machtdemonstration an Ort und Stelle vorschlugen. Das „moralische Gewicht alliierter Anwesenheit" allein genügte jedenfalls nicht, die abtrünnigen Freikorps zu beeindrucken.

Inwieweit ist also das Zustandekommen ihres Abzuges auf die Maßnahmen der Alliierten im Sommer und Herbst 1919 zurückzuführen? Zweifellos hat der diplomatische Nervenkrieg gegen die Reichsregierung ihre Entscheidung beeinflußt, die Freikorps nicht weiter zu unterstützen. Doch war er schwerlich wirksamer als die Haltung der deutschen öffentlichen Meinung, die überwiegend das Unternehmen von Anfang an ablehnte.

Die alliierten Vertreter im Baltikum sind von den Freikorps unhöflich und respektlos behandelt worden; sie haben deren Pläne erschweren können, mehr nicht. Wenn die Freikorps schließlich abzogen, so wesentlich infolge ihrer Enttäuschung über den Ausgang des Unternehmens. Sie hatten auf kostenloses Siedlungsland gerechnet; sie hatten auf die Hilfe ihrer Regierung gehofft, die ihnen versagt werden mußte. Als sie erkannten, daß solche Hilfe ausblieb, wurden sie verbittert und schworen, „das Unrecht", das die Republik ihnen angetan hatte, zu rächen. Weimar wurde ihr schlimmster Feind, und sie kehrten mit dem festen Vorsatz zurück, die Republik zu stürzen.

Jahrgang 12 (1964), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1964_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte